

Die Bundestagswahl 2013 soll zu einer Entscheidung führen: Schwarz-Gelb oder Rot-Grün. Mitte-Rechts oder Mitte-Links. Es droht die Gefahr, dass die Wahl zu einer Nicht-Entscheidung wird. Das Drohwort heißt Große Koalition. Die aber wäre eine Regierung des bloßen Übergangs, bei der die Entscheidung über fortbestehende politische Alternativen aufgeschoben bliebe. Für die SPD wäre es ein unfriedliches Bündnis wider Willen, aus dem sie kaum als Siegerin hervorgehen kann. Nach innen würde die Nach-Steinbrück-SPD in ei-

ner solchen Koalition eine Phase von Richtungs- und Machtkämpfen durchleben, bei der es um die Neudefinition der eigenen kollektiven Identität ginge. Nach außen würde die Suche nach anderen Koalitionsmöglichkeiten beginnen – die SPD zerrissen zwischen einer Ampel mit einer erneuerten FDP und einem Linksbündnis mit einer erneuerten Linkspartei. Weder der Gesellschaft noch der SPD ist eine Große Koalition zu wünschen. Es gibt gute Gründe, alle Kraft in ein Jahr der Entscheidung zu stecken. ■

Ralf Hexel

Wohin führt Shelly Yacimovich die wiedererstarke Arbeitspartei?

Vor den Neuwahlen in Israel

Im Januar finden Parlamentswahlen in Israel statt. Wie groß sind die Chancen der israelischen Arbeitspartei, die sich noch vor kurzem in der tiefsten Krise ihrer Existenz befand? Mit ihrer neuen Vorsitzenden scheint sie personell und inhaltlich auf einem erfolgreicherem Weg zu sein als in der jüngeren Vergangenheit.

Wenn am 22.01.2013 in Israel vorgezogene Neuwahlen stattfinden, hat die sozialdemokratische Arbeitspartei sehr gute Chancen, hinter dem rechten Wahlbündnis Likud-Yisrael Beitenu von Premier Netanyahu und Außenminister Lieberman zweitstärkste politische Kraft zu werden. Umfragen sagen der Partei, die derzeit nur mit acht Abgeordneten in der 120 Parlamentarier umfassenden Knesset vertreten ist, regelmäßig ca. 20 Mandate voraus. Die Arbeitspartei hat die schlimmste Krise ihrer Existenz offenbar überwunden. Die alte Stärke – unter Yitzhak Rabin hatte sie 1992 noch 44 Mandate errungen – wird sie nicht mehr zurückerlangen, jedoch spielt sie wieder eine zentrale Rolle in der israelischen Politik.

Das Profil der Partei wurde seit der Ermordung Yitzhak Rabins im Jahr 1995 maßgeblich von Shimon Peres und Ehud Barak



Ralf Hexel

(*1957) leitet seit 2008 das FES-Büro in Herzliya/Israel.

Ralf.Hexel@fes.org.il

geprägt. Unter ihrer Führung geriet die Arbeitspartei in die schwerste Krise seit ihrer Gründung im Jahr 1930. Amos Oz kam deshalb im November 2008 zu dem Schluss, dass die Arbeitspartei ihre Mission erfüllt habe und Israel eine neue sozialdemokratische Bewegung benötige.

Die wichtigsten Ursachen für diese Krise waren:

Erstens: Seit der Wahlniederlage Ehud Baraks 2001 beteiligte sich die Partei immer

wieder als Juniorpartnerin an verschiedenen Koalitionsregierungen. Ministerposten und Machtbeteiligung wurden wichtiger als Inhalte. Wort und Tat klafften weit auseinander. Die Partei verlor ihr wichtigstes Kapital: ihre politische Glaubwürdigkeit.

Zweitens: Das Wort sozialdemokratisch kam nur noch im Statut vor. Die Partei war unfähig, eine Alternative zur dominierenden neoliberalen Deregulierungs- und Privatisierungspolitik zu formulieren und beteiligte sich aktiv am Abbau des Sozialstaates.

Drittens: Die gesellschaftliche Basis war dramatisch geschrumpft. Die jahrzehntelange Verankerung in der Mittelschicht ging verloren und zugleich war sie in sozial schwachen Schichten (bei arabischen Bürgern, Juden orientalischer Herkunft und russischstämmigen Israelis) faktisch ohne Unterstützung.

Gestoppt wurde die politische Talfahrt erst, als der Vorsitzende und Verteidigungsminister Ehud Barak im Gefolge von Richtungsdebatten die Partei im Januar 2011 verließ. Baraks Parteiaustritt wurde zu einem Wendepunkt. Die Arbeitspartei trat sofort aus Netanyahus Regierungskoalition aus und startete einen personellen und inhaltlichen Erneuerungsprozess.

Shelly Yacimovich und die soziale Protestbewegung

Ein zentrales Ereignis dieser Erneuerung, die sich zu einem beeindruckenden Comeback der bereits tot gesagten Partei entwickelte, war im September 2011 die Wahl der 52-jährigen Abgeordneten Shelly Yacimovich zur neuen Parteivorsitzenden. Sie verkörpert einen neuen Politiker-Typus – glaubwürdig, intellektuell unabhängig, kämpferisch, mit einer klaren politischen Agenda. In ihren sechs Jahren als Knesset-abgeordnete hat die frühere Journalistin sich als eine Politikerin profiliert, die ihren sozialdemokratischen Überzeugungen treu

bleibt und bei der Wort und Tat übereinstimmen. Sie hatte nach der Wahlniederlage im Februar 2009 gegen eine Regierungsbeteiligung ihrer Partei und für den Gang in die Opposition gestimmt. Yacimovich konnte glaubhaft vermitteln, dass das Festhalten an Werten ihr wichtiger war als ein Ministeramt. Bereits lange vor der im Sommer 2011 ganz Israel erfassenden sozialen Protestbewegung waren deren Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit und einem funktionierenden Sozialstaat die zentralen Themen ihrer politischen Agenda. Aufgrund ihrer hohen politischen Glaubwürdigkeit wurde sie von vielen jungen Menschen und von Vertretern der sozialen Protestbewegung unterstützt. Mit ihrer Wahl wurde zugleich ein Generationswechsel in der Arbeitspartei eingeleitet, denn viele Vertreter der jüngeren Generation sind der Partei ihretwegen beigetreten. Indem sie eine tiefgreifende Reform der neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik und den Wiederaufbau des israelischen Sozialstaates zum Kern ihrer politischen Agenda machte, erreichte sie zwei Ziele. Erstens gab sie der Partei ihr sozialdemokratisches Profil zurück und zweitens öffnete sie die Partei wieder für die Mittelschicht, die auch Trägerin der Protestbewegung war.

Hegemonie der nationalen und religiösen Rechten

Politik und Gesellschaft in Israel bewegen sich seit einigen Jahren deutlich nach rechts, so dass man inzwischen von einer Hegemonie der nationalen und religiösen Rechten sprechen kann. Ursache hierfür sind sowohl innen- als auch außenpolitische Faktoren. Die große Mehrheit der israelischen Bevölkerung betrachtet den Oslo-Friedensprozess, der ein Projekt der israelischen Linken war, sowie dessen Formel »Land gegen Frieden«, als gescheitert. Immer wenn Israel sich aus besetzten Gebieten zurückzog – Libanon 2000, Gaza 2005

– gab es, so die Wahrnehmung der Israelis, anstelle von mehr Sicherheit und Frieden neuen Raketenbeschuss und mehr Unsicherheit. Hinzu kommt die Bedrohung durch das Nuklearprogramm des Iran und die ebenfalls als Bedrohung empfundenen Veränderungen in der arabischen Welt, besonders der wachsende Einfluss des politischen Islam. Die Mehrheit der Israelis glaubt nicht mehr an Dialog und Frieden mit den palästinensischen und arabischen Nachbarn. Sie haben den Glauben an die Zwei-Staaten-Lösung verloren und wählen inzwischen jene politischen Kräfte – Premier Netanyahu, Außenminister Lieberman und deren politische Verbündete –, die am Status quo der Besatzungspolitik festhalten und mehr Sicherheit durch militärische Stärke und Kompromisslosigkeit versprechen.

Dieselben nationalistischen und religiösen Kräfte, die sich einer politischen Lösung des Nahostkonflikts verweigern, betreiben nach innen eine Politik, die zu einer Erosion des pluralistischen und liberalen Fundaments der israelischen Demokratie führt. Ausdruck dieser Entwicklung waren in den vergangenen Jahren Gesetzesinitiativen von Abgeordneten des Regierungslagers, die das Ziel hatten, die Unabhängigkeit des Obersten Gerichts zu beschneiden, die Arbeit besatzungskritischer zivilgesellschaftlicher Organisationen zu erschweren sowie kritische Journalisten in ihrer Arbeit zu behindern. Weitere Gesetzesinitiativen richteten sich gegen die arabische Minderheit in Israel. Die Regierung trug damit aktiv dazu bei, den wohl angespanntesten innergesellschaftlichen Konflikt im Namen der Stärkung des jüdischen Charakters von Staat und Gesellschaft weiter zu verschärfen. Jene Parteien, die in den vergangenen Jahren zwischen rechts und links, zwischen säkularen und religiösen Kräften für eine Machtbalance und für Moderation gesorgt hatten oder selbst die Regierungen anführten (Kadima, Arbeitspartei, Meretz), haben an politischem Gewicht verloren. Sie sind in der Opposition

und repräsentieren derzeit nur noch eine Minderheit der israelischen Bevölkerung.

Politische Identität und Ziele der Arbeitspartei

Shelly Yacimovich wurde auf Grund ihrer politischen Integrität und ihres sozio-ökonomischen Profils zur neuen Parteivorsitzenden gewählt. Sie ist keine Friedensaktivistin. Von Anfang an hat sie deutlich gemacht, dass sie ihren politischen Auftrag darin sieht, der Partei ein klares sozial- und wirtschaftspolitisches Profil zu geben und sie auf diesem Weg zu einer echten und wählbaren Alternative zu Netanyahus Rechtskoalition zu machen. Zugleich äußerte sie sich in Fragen des Nahostkonflikts stets eher allgemein. Dies brachte ihr aus dem linken politischen Lager immer wieder den Vorwurf ein, sie würde sich dem politischen Mainstream und damit der allgemeinen Rechtsentwicklung in Israel anpassen. Denn, so ihre Kritiker, eine sozialdemokratische Partei dürfe das Streben nach sozialer Gerechtigkeit innerhalb Israels nicht abtrennen vom Engagement für eine politische gerechte Lösung des Nahostkonflikts.

Nach ihrer Auffassung sei die Arbeitspartei niemals eine linke Partei gewesen, sondern eine »Partei der Mitte« mit »pragmatischen Positionen im Friedensprozess«. Sozial- und Wirtschaftspolitik sei ihre erste Priorität, denn das beschäftige die Menschen am meisten. Sie wolle außerdem die üblichen Paradigmen von rechts und links in der israelischen Politik überwinden. Was genau sie damit meint, wird sie spätestens nach den Wahlen am 22. Januar 2013 deutlich machen müssen. Die Arbeitspartei wird dann erneut vor der Frage stehen: Opposition oder Juniorpartner einer rechten Regierung? Denn ein Wahlsieg des rechten/religiösen Lagers unter Führung Netanyahus gilt als sicher.

Wirtschafts- und sozialpolitisch hat Shelly Yacimovich ihre Partei eindeutig po-

sitioniert und sie mit diesem Kurs wieder zu einer starken politischen Kraft gemacht. Aber es gibt weitere für die Zukunft Israels existenzielle Fragen, in denen die Partei bisher nicht klargemacht hat, wo sie steht und worin konkret sie sich von der regierenden Rechten unterscheidet. Neben dem Friedensprozess sind das vor allem die folgenden zwei Herausforderungen:

Zum einen die Verteidigung von Demokratie und Pluralismus gegen immer stärker werdende Bestrebungen religiöser und nationalistischer Kräfte, den Charakter von Staat und Gesellschaft in Israel grundlegend zu verändern. Zum anderen die Beendigung der Diskriminierung und Ausgrenzung der israelischen Araber so-

wie deren tatsächliche politische und sozio-ökonomische Gleichstellung.

Dass die Partei personell gut gerüstet in diese Auseinandersetzungen geht, zeigt die Liste ihrer Kandidaten für die Knessetwahlen: Sie ist jünger, linker und weiblicher als bei den Wahlen 2009. Sie repräsentiert den politischen Aufbruch der Partei. Neben anderen gehören mit Stav Shaffir und Itzik Shmuli auch zwei populäre Führer der Protestbewegung zu ihnen. Die Partei steht nach der Wahl vor der großen Herausforderung, eine Politik zu formulieren und umzusetzen, die auch über die Wirtschafts- und Sozialpolitik hinaus glaubwürdig für sich in Anspruch nehmen kann, sozialdemokratisch zu sein. ■

Otto Jacobi

Post-Amerikanische Konstellation

Der amerikanische Traum vom Wohlstand für alle und das Sendungsbewusstsein, Vorreiter und Garant von Freiheit zu sein, sind ins Wanken geraten. Dies hat zur Diskussion über die Zukunft und Stellung des Landes in einer Post-Amerikanischen Welt geführt. Intellektueller Meinungsführer der politischen Linken in den USA ist das Woodrow-Wilson-Institute der Princeton University, dessen prominentester Sprecher, John Ikenberry, 2011 mit dem Buch »Liberal Leviathan« die Debatte maßgeblich beeinflusst hat. Seine theoretischen und politischen Positionen werden im Folgenden diskutiert.

Otto Jacobi

(* 1938) ist Dozent an der Europäischen Akademie der Arbeit in Frankfurt und Visiting Professor an der Cornell Universität, New York.

otto.jacobi@t-online.de



Die Verunsicherung in Politik und Gesellschaft der USA über die Zukunft des Landes ist groß. Dazu beigetragen hat zum einen die schwere Finanzmarktkrise der Jahre ab 2007, die abzufangen massiver staatlicher Interventionen bedurfte. Ent-

gegen aller anderslautenden Äußerungen ist aber der amerikanische Kapitalismus vom neoliberalen Charakter her schon immer ein vom Staat geschützter Kapitalismus gewesen. Es hat sich erneut gezeigt, dass bei einer systemischen Krise der Staat ein zuverlässiger Garant des Status quo ist. Zum zweiten haben die desaströsen Ergebnisse amerikanischer Militäroperationen zur Verunsicherung beigetragen. Das Militär, von der amerikanischen Unabhängigkeit bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg Zentrum amerikanischen Selbstbewusstseins, verfügt zwar noch immer über eine hohe Reputation, aber die Zweifel über